# S T A D T R A T  P E G N I T Z

## – Sitzungsprotokoll 2026 –

Der Stadtrat besteht aus dem ersten Bürgermeister und 24 Stadtratsmitgliedern

Ladung erfolgte ordnungsgemäß nach der Geschäftsordnung für den Stadtrat

---

## 03. Sitzung – 25. März

---

**Anwesend**

| | |
|---|---|
| Erster Bürgermeister | **Nierhoff,** Wolfgang |
| Zweite Bürgermeisterin | **Huber,** Dr. Sandra |
| Stadträtin | **Birnmeyer-Behrend,** Simone |
| Stadtrat | **Dettenhöfer,** Kilian |
| Stadtrat | **Dippe,** Dr. Rainer |
| Stadtrat | **Förster,** Michael |
| Stadtrat | **Hümmer,** Hans |
| Stadtrat | **Krieg,** Stefan |
| Stadtrat | **Kurz,** Walter |
| Stadtrat | **Lappat,** Werner |
| Stadträtin | **Lindner-Fiedler,** Heike |
| Stadträtin | **Looshorn,** Elvira |
| Stadtrat | **Lothes,** Karl |
| Stadträtin | **Luppa,** Daniela |
| Stadtrat | **Moik,** Alexander |
| Stadtrat | **Rasch,** Daniel |
| Stadtrat | **Schorner,** Jürgen |
| Stadträtin | **Schrembs,** Regina |
| Stadtrat | **Spieler,** Claus |
| Stadtrat | **Vetterl,** Manfred |
| Stadtrat | **Vogel,** Werner |
| Stadträtin | **Wellhöfer,** Christina |
| Stadtrat | **Winkelmaier,** Oliver |
| | |
| Ortssprecher | **Schieder,** Philipp |
| | |
| Geschäftsleitung | Körber, Daniela |
| Abteilungsleitung 2 | Krupp, Alexandra |
| Abteilungsleitung 3 | Kohl, Manfred |
| MA Geschäftsleitung | Ziegler, Verena (Protokollführerin) |
| | |
| Presse (öffentlicher Teil) | Thiem Rosi (Nordbayerischer Kurier)<br>Richard Reindl (Nürnberger Nachrichten) |

16 Zuhörende

**Entschuldigt**

| | |
|---|---|
| Dritter Bürgermeister | **Schmidt,** Thomas |
| Stadträtin | **Bauer,** Susanne |

**Unentschuldigt**

./.

## Öffentlicher Teil

Erster Bürgermeister Nierhoff begrüßt das Gremium, die Zuhörenden, die Vertreter der Presse, die Mitarbeiter und stellt die ordnungsgemäße Ladung und die Beschlussfähigkeit fest. Gegen die Tagesordnung werden keine Einwände erhoben.

### Bauanträge;
### 07/2026 – Neubau Hochbehälter Troschenreuth mit Pumpwerk- Fl. Nr. 338/1, Gemarkung Troschenreuth (Troschenreuth)

Bürgermeister Nierhoff trägt den Sachverhalt vor und übergibt das Wort an AbtL. Kohl. Dieser erläutert den Sachverhalt zum Bauantrag.

Nachdem keine Wortmeldungen erfolgen, bittet Bürgermeister Nierhoff um Abstimmung:

**Beschluss Nr. 46**

| | | | | | |
|---|---|---|---|---|---|
| **Anwesend:** | **23** | **Abstimmung:** | **Ja** | **23** |
| | | | Nein | 0 |

Das gemeindliche Einvernehmen wird hergestellt.

Folgende Auflagen sind zu beachten:

- Für die Abwasserbeseitigung gelten die technischen Baubestimmungen DIN 1986 (Entwässerungsanlagen für Gebäude und Grundstücke inkl. der erforderlichen Rückstausicherungsmaßnahmen) sowie die Entwässerungssatzung der Stadt Pegnitz in der aktuellen Fassung.
- Die Befestigung von Garageneinfahrten, Hofflächen und Gartenwegen ist wasserdurchlässig auszubilden. Die Versickerungsfähigkeit des Oberflächenmaterials ist auf den Durchlässigkeitswert des Untergrundes abzustimmen. Eine wasserundurchlässige Versiegelung von Garageneinfahrten, Hofflächen und sonstigen Flächen ist untersagt. Dem öffentlichen Straßengrund darf keinerlei Oberflächenwasser aus dem Baugrundstück zugeführt werden.
- Die öffentlichen Straßen und Einrichtungen, Gehwege und Pflasterflächen sind vom Bauherrn und/oder den bauausführenden Firmen vor Beschädigung jeglicher Art zu schützen. Insbesondere beim Über- und Befahren der Gehwege mit Baumaschinen und LKW sind Schutzvorkehrungen in Form von lastverteilenden Belägen zu treffen. Für die Verkehrssicherheit der öffentlichen Verkehrsflächen inkl. der Schutzmaßnahmen ist der Bauherr verantwortlich. Schäden, die an den genannten öffentlichen Flächen durch Nichterfüllung der Schutzvorkehrungen verursacht werden, sind auf Kosten des Bauherrn zu beseitigen.
- Sonstige Auflagen:
    - Die Verlegung der Entwässerungsleitungen für das Niederschlagswasser im öffentlichen Feld- und Waldweg ist rechtzeitig vor Baubeginn mit dem Tiefbauamt der Stadt Pegnitz abzustimmen.

### Bauanträge;
### 09/2026 – Antrag auf Vorbescheid: Neubau Tiny-House mit Schupfen Fl. Nr. 1090, Gemarkung Hainbronn (Baugebiet Horlach – Rainäcker)

Bürgermeister Nierhoff trägt den Sachverhalt vor und übergibt anschließend das Wort an AbtL. Kohl. Dieser erläutert die Einzelheiten zum Bauantrag, sowie die erforderlichen Auflagen, da sich das Vorhaben außerhalb des geltenden Bebauungsplans befindet.

StR Lappat erkundigt sich nach der Größe des Grundstücks. AbtL. Kohl teilt mit, dass die Grundstücksfläche 900 m² beträgt.

Zweite Bürgermeisterin Huber fragt, was die grün eingezeichnete Fläche bedeutet und warum sie früher nicht eingezeichnet war.
AbtL. Kohl erklärt, dass es sich um eine Hecke handelt und diese erhalten bleiben muss. Außerdem hat die Naturschutzbehörde eine Ausgleichsfläche festgelegt, die umgesetzt werden muss.

StRin Birnmeyer-Behrend fragt, ob Eigentümer benachbarter Grundstücke ähnlich argumentieren könnten bzgl. des Bauturbos. Sie weist darauf hin, dass das Grundstück unterhalb verkauft wurde und an das Baugrundstück grenzt.

StR Schorner erkundigt sich zu Verfahrensfragen und fragt, ob das Bauvorhaben über den neu eingeführten „Bauturbo" möglich sei.
AbtL. Kohl erklärt, dass das Grundstück A3 nicht über „Bauturbo" behandelt werden kann. StR Schorner fragt zudem, was passieren würde, wenn eine Straße über das Grundstück gebaut werden müsste. AbtL. Kohl erläutert, dass das Grundstück nicht an einer öffentlichen Fläche grenzt.

StRin Lindner-Fiedler merkt an, dass das Grundstück A3 nicht bebaut werden kann, das wurde bereits beschlossen, weil es sich um eine Ausgleichsfläche handelt. AbtL. Kohl bestätigt dies.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen erfolgen, bittet Bürgermeister Nierhoff um Abstimmung:

**Beschluss Nr. 47**

**Anwesend: 23** **Abstimmung: Ja 23**
Nein 0

Das gemeindliche Einvernehmen unter Anwendung „Bauturbo" § 246e BauGB wird hergestellt.

Folgende Auflagen sind zu beachten:

- Für die Abwasserbeseitigung gelten die technischen Baubestimmungen DIN 1986 (Entwässerungsanlagen für Gebäude und Grundstücke inkl. der erforderlichen Rückstausicherungsmaßnahmen) sowie die Entwässerungssatzung der Stadt Pegnitz in der aktuellen Fassung.
- Kanalanschlussleitungen werden, soweit sie im öffentlichen Straßengrund verlegt sind, durch das Abwasserwerk der Stadt Pegnitz hergestellt. Der Bauherr hat deshalb den Beginn seiner Baumaßnahme dem Abwasserwerk der Stadt Pegnitz mindestens sechs Wochen vorher schriftlich anzuzeigen und gleichzeitig die Pläne für die Grundstücksentwässerungsanlage einzureichen. Die Teile der Kanalanschlussleitungen, die auf Privatgrund verlegt werden, sind als Hausanschlussleitungen durch den Bauherrn auf eigene Kosten nach Angaben des Abwasserwerks der Stadt Pegnitz herzustellen.
- Wasseranschlussleitungen werden soweit sie im öffentlichen Straßengrund verlegt sind, durch die Juragruppe, Zweckverband Wasserversorgung, Pegnitz, hergestellt. Der Bauherr hat deshalb den Beginn seiner Baumaßnahme der Juragruppe mindestens sechs Wochen vorher schriftlich anzuzeigen. Die Teile der Wasseranschlussleitungen, die auf Privatgrund verlegt werden, sind als Hausanschlussleitungen durch den Bauherrn auf eigene Kosten herzustellen.
- Die Befestigung von Garageneinfahrten, Hofflächen und Gartenwegen ist wasserdurchlässig auszubilden. Die Versickerungsfähigkeit des Oberflächenmaterials ist auf den Durchlässigkeitswert des Untergrundes abzustimmen. Eine wasserundurchlässige Versiegelung von Garageneinfahrten, Hofflächen und sonstigen Flächen ist untersagt. Dem öffentlichen Straßengrund darf keinerlei Oberflächenwasser aus dem Baugrundstück zugeführt werden.
- Die öffentlichen Straßen und Einrichtungen, Gehwege und Pflasterflächen sind vom Bauherrn und/oder den bauausführenden Firmen vor Beschädigung jeglicher Art zu schützen. Insbesondere beim Über- und Befahren der Gehwege mit Baumaschinen und LKW sind Schutzvorkehrungen in Form von lastverteilenden Belägen zu treffen. Für die Verkehrssicherheit der öffentlichen Verkehrsflächen inkl. der Schutzmaßnahmen ist der Bauherr verantwortlich. Schäden, die an den genannten öffentlichen Flächen durch Nichterfüllung der Schutzvorkehrungen verursacht werden, sind auf Kosten des Bauherrn zu beseitigen.

- Sonstige Auflagen:
  - Hinsichtlich der Erschließungskosten ist ein Erschließungsvertrag mit der Stadt Pegnitz abzuschließen
  - Mit dem Bauvorhaben ist nach Genehmigung eines noch vorzulegenden Bauantrags innerhalb von zwei Jahren zu beginnen

## Stellplätze;
## Erweiterung des Stellplatzangebots an der Badstraße auf den Grundstücken mit den Fl.Nrn. 1659 und 1660, Gemarkung Pegnitz

Bürgermeister Nierhoff trägt den Sachverhalt vor und übergibt anschließend das Wort an AbtL. Kohl. Dieser erläutert die Einzelheiten zum Tagesordnungspunk.

StR Spieler fragt, ob es sich um eine temporäre Markierung oder eine dauerhafte Maßnahme handelt. AbtL. Kohl erklärt, dass die Stellplätze bereits im Bestand vom Modellprojekt LANDSTADT BESTAND vorgesehen sind. Das Modellprojekt läuft bis Mitte 2028; wie weiter verfahren wird, muss der Stadtrat entscheiden. StR Spieler erkundigt sich, ob Einlagerungen oder Beprobungen entfernt werden. AbtL. Kohl sagt, dass dies noch entschieden werden muss. StR Spieler erkundigt sich, was passiert, wenn die Fläche nicht mehr genutzt werden kann. AbtL. Kohl erklärt, dass dann eine neue Fläche bei der Kompostieranlage zur Verfügung steht.

AbtL. Kohl erläutert außerdem, dass nach der Markierung nur PKW auf den Stellplätzen parken dürfen und dies auch kontrolliert werden kann. Busparkplätze sind nicht vorgesehen.

StR Schorner fragt, ob das Gelände von BayWa weiterhin genutzt werden soll. Bürgermeister Nierhoff erklärt, dass es abgerissen wird.

StR Vetterl fragt, ob die Stellplätze für Busse ausreichend sind. AbtL. Kohl erklärt, dass drei Stellplätze vorhanden sind, diese zeitlich begrenzt sind. Bis jetzt seien die Stellplätze ausreichend.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen erfolgen, bittet Bürgermeister Nierhoff um Abstimmung:

**Beschluss Nr. 48**

**Anwesend: 23** **Abstimmung: Ja 23**
Nein 0

Dem Parkplatzkonzept zur Ausweisung von insgesamt ca. 70 PKW-Stellplätzen und 3 zeitlich beschränkten Bus-Stellplätzen auf den Grundstücken mit den Fl.Nrn. 1659 und 1660, Gemarkung Pegnitz (siehe Anlage) mit Beschilderungsplan wird zugestimmt.

StR Kurz verlässt den Sitzungssaal von 17:42 Uhr bis 17:44 Uhr.

Bürgermeister Nierhoff verlässt während der Beratungen zum nachfolgenden Tagesordnungspunkt den Sitzungssaal von 18:05 Uhr bis 18:10 Uhr.
StRin Birnmeyer-Behrend geht von 18:24 Uhr bis 18:26 Uhr.
StRin Lindner-Fiedler geht von 18:28 Uhr bis 18:29 Uhr.
StR Kurz geht von 18:35 Uhr bis 18:38 Uhr und ist während der Beschlussfassung nicht anwesend.

## Konsolidierung; Beschlussfassung über die Fortschreibung des Konzepts

Bürgermeister Nierhoff trägt den Sachverhalt vor und bittet um Wortmeldung.

StR Lappat merkt an, dass ihm mehrere Punkte im Konsolidierungskonzept nicht gefallen und kündigt an, dagegen zu stimmen. Er nennt Punkte, in denen die Blumenstraße veräußert werden soll, der Bürgermeister-Verfügungsrahmen erhöht werden soll, die Neuerung des Kiga Troschenreuth wieder verschoben wird und die Abbiegespur Diska erneut verschoben werden soll.

Bürgermeister Nierhoff erklärt, dass der Beschluss im letzten Jahr einstimmig gefasst wurde und dass der Stadtrat entscheidet, wie er umgesetzt wird. Es gibt keine Änderungen gegenüber dem letzten Jahr. GLin Körber erklärt, dass das Konzept abgeschwächt wurde, weil es im Stadtrat bereits beraten wurde. Das Konsolidierungskonzept wird fortgeschrieben. Zudem gibt es einen neuen Antrag der SPD zur Prüfung der Blumenstraße und zu einer zukunftssicheren Möglichkeit für die dortigen Bewohner.

StR Schorner merkt an, dass er die Argumente bereits im letzten Jahr gehört hat und wird ebenfalls dagegen stimmen.

StR Spieler weist auf die Entwicklung der Personalausgaben hin. Es wurden seit 2023 zehn Stellen aufgebaut. Dies entspreche nicht seinem Grundsatzgedanken. Er bemängelt außerdem, dass das Thema der Einfädelungsspur bei Diska nicht umgesetzt wurde.

GLin Körber kann die Behauptung von StR Spieler zur Stellenmehrung nicht nachvollziehen. Es wurden definitiv keine

StR Spieler spricht außerdem den steuerlichen Querverbund und die Einstellung eines neuen Mitarbeiters an. GLin Körber erklärt, dass dies bereits im Stand vom letzten Jahr enthalten war und sonst nicht möglich oder umsetzbar ist.

Zweite Bürgermeisterin Huber möchte bei dem Tagesordnungspunkt so weiterverfahren, dass alle grün markierten Passagen im Konzept gemeinsam durchgegangen werden, da die Vorbereitung auf diesen TOP kurzfristig nicht möglich war.

Zweite Bürgermeisterin Huber fragt, ob beim Schlossbergkonzept eine neue Studie gemacht werden soll, da bereits ein Konzept vorliegt.
AbtL. Kohl erklärt, dass das Konzept fortgeführt wird und der Ideenwettbewerb sich auf den Schlossturm bezieht. Zweite Bürgermeisterin Huber merkt an, dass die Formulierung für sie unklar sei. StR Winkelmaier unterstützt diese Einschätzung.

Zweite Bürgermeisterin Huber merkt an, dass ihr nicht bewusst war, dass das Pfadfinderheim in Körbeldorf verkauft werden soll. GLin Körber erklärt, dass dies bereits im „Blickpunkt" als Verkaufsangebot veröffentlicht wurde und allseits bekannt sei.
Zweite Bürgermeisterin Huber merkt an, dass das Schützheim in Troschenreuth im Konzept bei der „Sportförderung" aufgeführt werden müsste. GLin Körber erklärt, dass aktuell keine Mittel im HH geplant sind und dies mit einem Nachtragshaushalt umgesetzt werden müsste, sobald eine Entscheidung über die Förderung vorliegt. Zweite Bürgermeisterin Huber betont, dass man dies nicht einfach verschweigen kann.

Bürgermeister Nierhoff erklärt, dass über Troschenreuth frühestens Ende Juni entschieden wird. Dann wird dies ohnehin im nächsten HH behandelt.

StRin Wellhöfer möchte die Stabilisierungshilfe nicht gefährden und schlägt vor, die grün markierten Punkte gemeinsam durchzugehen und Lösungsvorschläge zu erarbeiten. Sie möchte das Konzept heute fortschreiben.
Bürgermeister Nierhoff stimmt dem zu.

StR Vetterl möchte die grün geschriebenen Punkte im Konzept einzeln abstimmen und stellt einen Antrag zur Geschäftsordnung. Er möchte den Halbsatz zur Blumenstraße herausstreichen. GLin Körber erklärt, dass mittelfristig 4 Mio. € Einnahmen in der Finanzplanung veranschlagt sind.

StRin Birnmeyer-Behrend sieht die Konsolidierung gefährdet und weiß nicht, wie das den Bürgern erklärt werden kann. Sie möchte den Wahlkampf ruhen lassen.

GLin Körber erklärt, dass die Fortschreibung für den Verwendungsnachweis der letzten Konsolidierungshilfe 2025 notwendig ist, um die Gelder behalten zu dürfen. Sie überlegt, ob Einzelbeschlüsse oder ein Gesamtbeschluss möglich sind.

Bürgermeister Nierhoff betont, dass die Fortschreibung für den Verwendungsnachweis notwendig ist und dass dies beim letzten Mal einstimmig beschlossen wurde.

StR Kurz erläutert anhand seiner Raumpflegerin, die eine 45 m²-Wohnung in der Blumenstraße bewohnt, die steigenden Mietkosten, wenn die Blumenstraße weiterhin von der Stadt Pegnitz betreut wird und nicht von einer Genossenschaft. Er zeigt, dass die Mieterhöhung in diesem Fall zu einer höheren Preissteigerung führen würde, als wenn die Genossenschaft die Betreuung übernimmt.

Bürgermeister Nierhoff fragt das Gremium, wer den Antrag zur Geschäftsordnung unterstützt und ob Einzelbeschlüsse gewünscht werden.

**Beschluss Nr. 49**

**Anwesend: 23** **Abstimmung: Ja 9**
Nein 14

Die Änderungen im Konzept werden einzeln beschlussmäßig behandelt.
GLin Körber geht alle geänderten Punkte mit dem Gremium durch:

StR Lappat spricht Einsparungen bei der KITA in Troschenreuth an. GLin Körber erklärt, dass im Haushalt Mittel für die Generalsanierung veranschlagt sind und keine Verschiebung vorgesehen ist.

Zum Thema Innenstadt-Sondernutzungsgebühren erklärt Zweite Bürgermeisterin Huber, dass ihr dies noch unklar ist.
GLin Körber sagt, dass eine Satzung erstellt werden soll, zum Beispiel wegen der neuen Schirme für die Gastronomen. Bisher wurden keine Gebühren erhoben, aber ein Obolus sollte gezahlt werden.

Zum Thema Blumenstraße erklärt Bürgermeister Nierhoff, dass das Ziel eine zukunftssichere Lösung ist.
StR Lappat stört der Begriff „Verkauf" im Text und bemängelt, dass die Unterlagen zu spät gekommen seien, sodass das Thema nicht in der Fraktionssitzung besprochen werden konnte. Bürgermeister Nierhoff betont, dass es keine Neuerungen gibt. GLin Körber erklärt, dass dies auch im Haushalt abgebildet ist und die Formulierungen abgeschwächt wurden. Der Verkauf stand im Konzept bereits genauso drin.

StR Schorner erklärt, dass seine Zustimmung nur wegen der Eile erfolgte und weil kein Verkauf zugesagt wurde. Er möchte diese Vorgehensweise nicht.
Bürgermeister Nierhoff sagt, dass das Konzept aus Berlin gut ist und eine bessere Lösung für die Menschen bietet. Das Genossenschaftsmodell sei sinnvoll. Ein Verkauf sei nur „möglich", aber nicht zwingend, gibt er den Text im Konzept wieder.

StR Winkelmaier merkt an, dass der Satz nichts aussagt, da nur „könnte" verwendet wird, und hat damit kein Problem.

StR Schorner erklärt, ihm sei gesagt worden, dass 4 Mio. € gefunden werden müssen. GLin Körber erläutert, dass das Geld theoretisch verplant wurde, dies aber nur geäußert wurde.

StRin Birnmeyer-Behrend möchte die Diskussion versachlichen. Sie betont, dass dieser Stadtrat die Entscheidung nicht mehr treffen wird und dass Klarheit geschaffen werden muss.

StR Rasch merkt an, dass es im Wortlaut des Konzepts keine Neuerungen gibt und dass durch das Konsolidierungskonzept nichts entschieden wird.

StR Vetterl weist darauf hin, dass auf S. 23 steht: „Veräußerung Blumenstraße – soll mittelfristig veräußert werden".
GLin Körber erklärt, dass dieser Satz im Konzept entfernt wird. Stattdessen wird folgender Satz eingefügt: „Eine Beratung über eine Mieterhöhung ist in jedem Fall angezeigt."

StR Schorner erklärt, dass er nicht grundsätzlich gegen einen Verkauf ist, aber Alternativen über Bewirtschaftung oder Verkauf prüfen möchte.
GLin Körber sagt, dass der Antrag der SPD die Prüfung von Alternativen und Möglichkeiten bereits enthält.

StR Förster schlägt vor, den Satz „Verkauf nach sozialen Gesichtspunkten" aufzunehmen.
Er ergänzt: „Daher muss auch geprüft werden, ob Alternativen bestehen, um das laufende Defizit zu bereinigen."
GLin Körber erklärt, dass dieser Satz auch auf S. 8 eingefügt wird.

Zweite Bürgermeisterin Huber fragt zur Schaffung der Stelle wegen des Querverbunds. Sie hält diese für notwendig, um alles zu managen und Potenzial zu nutzen. StR Lappat merkt an, dass der Berater diese Aufgabe bereits als Manager erledigt.

StR Hümmer merkt an, dass die Personalausgaben durch die neuen Stellen deutlich gestiegen sind und die Vorgaben hinterfragt werden sollten.
GLin Körber erklärt, dass die Prüfung von Stellenbesetzungen in jedem Konsolidierungskonzept stehen. Es wurden bei Erstellung des Konzepts andere Grundlagen verwendet. Die Stellenausstattung ist nach neuesten Berechnungen angemessen für die Größe der Gemeinde.

Zweite Bürgermeisterin Huber sieht im steuerlichen Querverbund ein neues Geschäftsfeld, in dem Geld verdient werden kann, und hält dies für realistisch.

StR Dippe möchte formulieren, dass dies geprüft werden müsse. Bürgermeister Nierhoff sagt, dass ein Energieversorger aus Bayreuth erklärt habe, dass die Stelle geschaffen werden muss, eine Umsetzung sonst nicht machbar sei.

StR Vetterl fragt, ob dies bereits beschlossen sei. GLin Körber erklärt, dass an dem Projekt intern weitergearbeitet wurde, aber nichts beschossen sei und erläutert die neue Stelle.
Bürgermeister Nierhoff sagt, dass die Stelle geplant ist und feststeht, dass sie benötigt wird, sobald der steuerliche Querverbund umgesetzt wird.

Zweite Bürgermeisterin Huber fragt zu Einsparungen bei der Jugendpflege (SYSTEP). GLin Körber erklärt, dass die Eingruppierungen bei Systep und der Stadt Pegnitz unterschiedlich seien (Systep S11 und Stadt Pegnitz S15) und deshalb die Einsparung zu Stande kommt.

Zweite Bürgermeisterin Huber spricht die Erhöhung des Jahresbeitrages bei der Bücherei an.
StR. Schorner hält die Erhöhung für zu hoch und sieht den sozialen Faktor.

Bürgermeister Nierhoff betont: „Was nichts kostet, ist nichts wert." Die Sachen kommen in gutem Zustand zurück.
StR Schorner schlägt vor, dass das Bürgerzentrum prüfen könnte, ob es auch andere Dinge vermieten kann.

StR Winkelmaier fragt, wann die Büchereipreise zuletzt geändert wurden. GLin Körber erklärt, dass die Satzung 2021 neu erstellt oder erstmals gemacht wurde und sie nicht sicher ist, ob damals auch eine Erhöhung beschlossen wurde.

StRin Birnmeyer-Behrend erklärt, dass ihr nicht bekannt ist, wann die letzte Erhöhung war, und sie findet 25 €/Jahr im Vergleich zu den Kosten eines Buches nicht viel.

Punkt 4.1.5. Kulturarbeit: StR Lappat findet es schade, wenn die Veranstaltungen auf zwei reduziert werden. GLin Körber erklärt, dass die Angebote nur von einem kleinen Kreis genutzt werden und das Defizit zu hoch sei. Sie sagt, dass durch gezielte größere Veranstaltungen das Angebote besser genutzt werden und das Defizit verringert werden kann.

4.1.15. Verfügungsmittel des ersten Bürgermeisters: Bürgermeister Nierhoff erklärt die Erhöhung und erläutert, wofür die Mittel gezahlt werden. Sie kommen auch der Bevölkerung zugute, und er muss dafür Rechenschaft ablegen.
StR Förster sagt, dass er damit keine Konsolidierung gefährden möchte, und schlägt vor, den Satz zu streichen.
GLin Körber streicht den Satz daraufhin aus dem Konzept.

9.4 Defizit aus der kommunalen Verkehrsüberwachung: Bürgermeister Nierhoff berichtet über eine Mail einer Bürgerin, die die Maßnahme als „Abzocke" empfindet. Er erklärt die Regelung mit den Einzelhändlern, dass Parkplätze nicht dauerhaft beparkt werden sollen, betont aber, dass die Leute trotzdem weiterhin hier einkaufen sollen. StRin Wellhöfer sieht die Beschwerde der Bürgerin als Abwälzung auf andere, obwohl das eigene Verschulden der Bürgerin vorliegt.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen erfolgen, bittet Bürgermeister Nierhoff um Abstimmung:

**Beschluss Nr. 50**

| | | | | |
|---|---|---|---|---|
| **Anwesend:** | **22** | **Abstimmung:** | **Ja** | **22** |
| | | | Nein | 0 |

Das Haushaltskonsolidierungskonzept wird wie vorgelegt – dem Protokoll als Bestandteil dieses Beschlusses beigefügt – genehmigt.

StR Förster verlässt den Sitzungssaal von 18:38 Uhr bis 18:40 Uhr.

## Straßen- und Gehwegsanierungsmaßnahmen im Stadtgebiet – Geplanter Block 1/2026; Sachstandsbericht Tiefbauamt

Kenntnisgabe: Bürgermeister Nierhoff trägt den Sachverhalt vor und erläutert diesen.

## Bekanntgaben und Anfragen

- Bürgermeister Nierhoff teilt mit: Verschiebung der nächsten Stadtratssitzung vom 22.04.26 auf den 29.04.26 wegen Angebotseingang. Teilt außerdem die Verabschiedung der Stadtratskollegen mit.

- StRin Lindner-Fiedler fragt, ob beim FC Löcher im Bodenbelag geschlossen werden könnten, auch wegen Flinderer. Bürgermeister Nierhoff erklärt, dass der FC laut altem Vertrag selbst für Straßenerhalt zuständig ist. Das Thema wird gerade besprochen, und die Straße wurde bisher immer erhalten.
  StRin Lindner-Fiedler möchte keine Umwidmung, aber die Löcher sollen zugemacht werden. Der FC hätte Geld. AbtL. Kohl stimmt dem zu.

- StR Schorner fragt, ob der zuständige Mitarbeiter für Waldangelegenheiten Ingo Krause bei der nächsten Stadtratssitzung teilnehmen kann.
- StR Schorner fragt außerdem, ob Prospekte aufgelegt werden können. Bürgermeister Nierhoff stimmt zu.

- StR Winkelmaier möchte eine Aufstellung, welche Aufgaben die Mitarbeiter der Stadt Pegnitz für den Freistaat Bayern übernehmen.

- Zweite Bürgermeisterin Huber fragt, ob der Herderweg ebenfalls in der Aufstellung bzw. Bekanntgabe des Tiefbauamts enthalten ist und erklärt, dass die Straße saniert werden muss, da es dreimal im Jahr Wasserrohrbrüche gibt. AbtL. Kohl sagt, dass hierzu noch Rückmeldungen der anderen Versorgungsträger fehlen. Die Straße soll nur 1x aufgemacht werden.

- StR Spieler möchte, dass auch die Pflichtaufgaben des Bundes aufgelistet werden. GLin Körber bestätigt, dass eine Aufstellung über die Erledigung auf Bundesebene erstellt wird.

- StR. Lappat fragt nach dem Förderprogramm für Schwimmbäder und ob dies der Verwaltung bekannt ist. GLin Körber erklärt, dass dies bereits bei den Zuständigen des Cabriosol bekannt ist.

Bürgermeister Nierhoff schließt um 18:47 Uhr die öffentliche Sitzung.

Pegnitz, 25.03.2026

Die Protokollführerin:

gez. Ziegler
MA der Geschäftsleitung

Der Vorsitzende:

Wolfgang Nierhoff
Erster Bürgermeister